

In 600 DDR-Betrieben wurde Zwangsarbeit geleistet

Erfurt. Ein neuer Forschungsbericht über DDR-Gefängnisse konstatiert die maximale Ausbeutung der Arbeitskraft von Strafgefangenen. Der Arbeitsschutz wurde missachtet.



Sie ist Zeitzeugin und Opfer der DDR-Diktatur: Angelika Cholewa.

Am Rande der Präsentation des Forschungsberichtes "Zwangsarbeit in der DDR" am Montag sprach sie mit Christian Sachse, dem Autor der Studie. Foto: Tim Brakemeier/dpa

In den Haftanstalten der DDR wurden Gefangene gezielt für die Wirtschaftskraft der DDR ausgebeutet. Zu dieser Erkenntnis kommt ein Forschungsbericht zur Knastarbeit, der am Montag in Berlin vorgestellt wurde.

Der Autor des Berichtes, der Historiker und Theologe Christian Sachse, bezeichnete die Gefängnisarbeit am Montag als eine Form der Zwangsarbeit. Davon könne insbesondere da gesprochen werden, wo die **Arbeit dazu benutzt wurde, Menschen zu diskriminieren, zu disziplinieren, wirtschaftlich auszubeuten und ihren Willen zu brechen.**

"In der DDR wurde eine verbotene Form der Zwangsarbeit betrieben. Missachtet wurde dabei das internationale Verbot, politische Strafgefangene zur Zwangsarbeit heranzuziehen", sagte Sachse am Montag in Anwesenheit zahlreicher Betroffener. Laut Bericht war die Zwangsarbeit in der DDR spätestens seit den 1970er-Jahren in die Planwirtschaft integriert. Auch deshalb seien die Gefangenenzahlen nach Generalamnestien sofort wieder in die Höhe geschwollen. Dabei sei das Menschenrecht auf Arbeitsfreiheit massiv verletzt worden, zudem hätten die Haft-Arbeiter kaum Schutzrechte gehabt.

"Das Ziel der Knastarbeit bestand in einer maximalen Ausbeutung der Arbeitskraft Strafgefangener. Die Arbeitsbedingungen, insbesondere der Schutz vor Unfällen, waren deutlich schlechter als bei zivilen Arbeitern", so Sachse.

600 volkseigene Betriebe wurden nicht etwa verpflichtet, Gefängnisinsassen für sich arbeiten zu lassen, sondern forderten sie selbst zur Sicherung der Planziele an und stritten sich deshalb mit anderen Firmen.

Kritik übte der Wissenschaftler auch an Firmen in der Bundesrepublik, die von Häftlingen hergestellte Produkte bezogen. "Eine intensive Prüfung wäre bereits nach den öffentlich vorliegenden Informationen über Zwangsarbeit in der DDR unumgänglich gewesen", so Sachse weiter.

Knast-Studie wurde vom Möbelhaus Ikea gefördert

Sachses Studie entstand im Auftrag der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) und wurde finanziell vom schwedischen Möbelhaus Ikea gefördert. Im Sommer 2011 war bekannt geworden, dass der skandinavische Hersteller in den 1970er- und 1980er-Jahren Möbel in der DDR produzieren ließ, die zum Teil von politischen Gefangenen gefertigt werden mussten. Das Unternehmen leitete selbst interne Untersuchungen ein. Dabei kam schon heraus, dass Ikea-Vertreter "spätestens seit 1981 Kenntnis des möglichen Einsatzes politischer Gefangener in einzelnen der für das Unternehmen relevanten Produktionsstandorte und Zulieferbetrieben hatten". Der Konzern verurteilte später in einer Stellungnahme die Beschäftigung politischer Gefangener in der Produktion "aufs Schärfste".

Für die Studie haben Sachse und sein Team zahlreiche Betroffene zu Charakter und Arbeitsbedingungen der Knastarbeit befragt. Zudem wurden Anfragen an Nachfolger der zurzeit bekannten 400 Betriebe gestellt und ausgewertet, die Häftlinge beschäftigten

Anhand von Dokumenten und Verfassungsunterlagen vollzogen die Forscher nach, wie in der DDR Recht im Sinne der stalinistisch-kommunistischen Staatsdoktrin gebeugt und die Zwangsarbeit im Knast zur "Erziehung durch Arbeit" umgedeutet wurde.

Angelika Cholewa, einst wegen versuchter Republikflucht verurteilt, wies gestern auf ein Phänomen hin. Nach langer Untersuchungshaft empfand sie die Arbeit im Zuchthaus Hoheneck für sich als entlastend. Nach einer Verlegung nach Halle/Saale wurde sie durch den Akkord bei den Näharbeiten derart psychisch krank, dass ihr bis heute weite Teile der Erinnerung an diese Zeiten fehlen.

Von unmenschlichen Haftbedingungen berichtet bei der Präsentation auch Herbert Schneider. Er musste als Häftling in Bautzen für die Kamerafirma Pentacon arbeiten. Er habe für seine Arbeit nie Lohn erhalten und wenn einem ein Zahn ohne Betäubung gezogen wurde, dann wäre das eindeutig Folter.

Die Opferverbände kündigten nach der Vorstellung des Berichtes Gespräche mit Vertreter von Wirtschaft, Politik und Aufarbeitung an. Diese sollen zu einem Runden Tisch führen, der zu einer die politischen Häftlinge befriedigenden Lösung führt.

Neben einer umfassenden Dokumentation über alle Betriebe und ihre Nachfolger, die in Ost und West Zwangsarbeiter eingesetzt haben, wird die Einrichtung einer zentralen Dokumentationsstätte zur Zwangsarbeit im leerstehenden Gefängnis in Naumburg/Saale angeregt.

Die Nutznießer-Betriebe sollen sich an einem Fond beteiligen, über den Entschädigungen für durch Zwangsarbeit bedingten Unfälle, Berufskrankheiten sowie physische und psychischen Folgeschäden finanziert werden.

Die Thüringer Sozialministerin [Heike Taubert](#) (SPD) forderte die Wirtschaft am Montag zur Entschädigung von DDR-Häftlingen auf, die Zwangsarbeit leisten mussten. "Ich appelliere an alle Unternehmen der 'alten' Bundesrepublik, die mit dem SED-Regime Geschäfte auf Kosten von Häftlingen gemacht haben, endlich Verantwortung zu übernehmen", sagte die Ministerin. Wer von dem staatlich gelenkten System wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Repression profitiert habe, der müsse selbst auch Wiedergutmachung an den Opfern dieses Systems leisten. "Das sind sie den betroffenen Menschen schuldig", so Taubert. Die Ministerin unterstützt Vorschläge zur Einrichtung eines Entschädigungsfonds unter Beteiligung der Betriebe.

Bahn lässt Zwangsarbeit bei Reichsbahn prüfen

Zeitgleich mit der Veröffentlichung der Studie zur Zwangsarbeit kündigte gestern die Deutsche Bahn an, sie wolle Hinweisen auf Zwangsarbeit bei der DDR-Reichsbahn nachgehen. Das bundeseigene Unternehmen werde eine Studie in Auftrag geben, um den Einsatz von Strafgefangenen und den Häftlingstransport bei der Deutschen Reichsbahn von Wissenschaftlern aufarbeiten zu lassen, sagte Bahnchef Rüdiger Grube in Berlin.

"Uns liegt sehr daran, dass dieses bisher weitgehend unbekanntes Kapitel aus der Geschichte der Reichsbahn konsequent durchleuchtet und dokumentiert wird", so Grube.

Opferrente für SED-Opfer steigt um 20 Prozent

Die Opferrente für politische Häftlinge in der DDR soll Anfang 2015 um 20 Prozent erhöht werden. Das kündigte Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) am Montag in Berlin an. Es handelt sich um die erste Erhöhung seit 2007. Der Betrag ist vom Einkommen abhängig - derzeit sind es maximal 250 Euro im Monat.

Maas sagte: "SED-Opfer leiden unter dem Unrecht, das ihnen angetan wurde, bis heute körperlich und psychisch. Mit der Rente und ihrer Erhöhung wollen wir dieses Unrecht auch finanziell anerkennen." Der Beschluss des Bundeskabinetts steht noch aus. Das Vorhaben ist aber im Koalitionsvertrag von Union und SPD vereinbart.

Opfer: SED-Büttel sind weiter besser gestellt

Wörtlich heißt es dazu im Koalitionsvertrag: "Die monatlichen Zuwendungen für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen SBZ/DDR erhöhen wir." Eine konkrete Summe wurde nicht genannt.

Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) kritisierte die Erhöhung der Rente als zu niedrig. "Die Erhöhung um maximal 50 Euro beseitigt weder die Ungerechtigkeiten für uns Opfer gegenüber unseren früheren Peinigern, noch hilft sie den vielen Geschädigten, die bisher keine spürbare Unterstützung bekommen haben", sagte der UOKG-Vorsitzende Reiner Wagner.

Angesichts der massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten sei dies nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Opfer der SED-Diktatur verlangten endlich eine würdige und angemessene Anerkennung des erlittenen Unrechts. "Solange die SED-Büttel aus Justiz, Partei und Stasi immer noch besser gestellt sind als die Opfer, ist dieses Ziel nicht einmal annähernd erreicht", so Wagner.